

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Donnerstag, 3. Dezember 1981

Blatt 3199

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS Europarat-Seminar
ausgesendet: Hatzl zu Vergabe von Gemeindewohnungen
(grau)

Kommunal: Postenausschreibung für E-Werke-Direktor
(rosa) Alle Jahre wieder: "Aktion scharf" der Feuerpolizei
U 4 ab 20. Dezember bis Hütteldorf
Software: Stadt Wien-Entwicklung kommt auf den Markt
Europarat-Seminar
Spatenstich für 145.000. Gemeindewohnung nach 1945
Graz von Rinter-Projekt überzeugt
10 Millionen Förderungsmittel überreicht
Bürgermeister Graz: Betriebsbesuche
Busek zur Situation der Wiener Bauwirtschaft

"Zeig Herz -
hilf mit!": Senioren basteln für Kinder

Lokal: Leopoldstadt: Mehr Förderung für Gastarbeiterkinder
(orange)

Nur
über FS: 3.12. Verkehrsunfälle stoppten Straßenbahnlinien
Wohnungsberatungszentrum am 7. Dezember geschlossen

.....
Bereits am 2. Dezember 1981 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Europarat-Seminar (4)

Utl.: Pressegespräch

=++++

19 Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Peter SCHIEDER bezeichnete in einem PRESSEGESPRÄCH anlässlich des Seminars die Veranstaltung als günstige Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch und zur Diskussion neuer Modelle. Unter Bezugnahme auf die Forderung nach Bürgerbeteiligung sagte er, es müsse sichergestellt werden, daß alle Betroffenen angesprochen werden und nicht nur jene, die sich in Bürgerinitiativen organisieren. Die Forderung einer Interessenvertretung dürfe man nicht mit den allgemeinen Anliegen der Bürger verwechseln.

Die Vizepräsidentin der parlamentarischen Versammlung des Europarates Helene ROSETA sagte, die besondere Bedeutung des Seminars liege darin, daß in einem Vergleich zwischen den einzelnen Mitgliedsländern des Europarates ein Erfahrungsaustausch über die Bürgermitbeteiligung stattfinde. Es bestehe kein Widerspruch zwischen dem Streben nach verstärkter Bürgerbeteiligung und den traditionellen Mechanismen der Demokratie. Die Bürgerbeteiligung sei auch im Hinblick auf die Menschenrechte sehr wichtig.

Senatsrat Dr. Herbert WALTER, Geschäftsführer des österreichischen Nationalkomitees für Stadterneuerung berichtete über die Wohnstraßen-Ausstellung, die zur Zeit in einer Wanderausstellung in Österreich gezeigt wird. Aufgrund dieser Ausstellung erwarte er weitere Anhaltspunkte für Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. (Forts.) and/gg

NNNN

.....
Bereits am 2. Dezember 1981 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Europarat-Seminar (5)

Utl.: Bürgerbeteiligung nur in Demokratie möglich

=++++

20 Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Für eine sinnvolle Bürgerbeteiligung ist eine Demokratie nötig, stellte die Vizepräsidentin der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, Frau ROSETA aus Portugal, in ihrem Bericht beim Europarat-Seminar am Mittwoch vormittag fest. Wesentliche Bedingungen für Partizipation seien der politische Wille, die Fähigkeit zur Erneuerung, eine gemeinsame Sprache zwischen Bürger, Techniker und Verwaltung, gegenseitiges Vertrauen, konkrete Ergebnisse schon zu Beginn einer Aktion und vor allem Geduld. Die portugiesische Delegierte schilderte auch Versuche der Bürgerbeteiligung während der Diktatur - wobei der Versuch, ein Viertel zu sanieren, dann am mangelnden politischen Willen scheiterte - und im heutigen Portugal, so unter anderem bei Stadterneuerungsprojekten mobile Brigaden eingesetzt werden. Eine wichtige Rolle spielten dabei auch die Kinder, über die oft der erste Kontakt hergestellt werde, sagte Frau Roseta.

Mit Bürgerbeteiligung via Massenmedien beschäftigte sich ein weiterer Berichterstatter, Herr OEHLER aus Straßburg. Er wies darauf hin, daß das französische Rundfunk- und Fernsehmonopol nun unter der Regierung Mitterand gelockert werde und lokale Sender (die nicht kommerziell geführt werden dürfen, auch keine Werbung zeigen, aber dem Bürger das Wort geben) ermöglicht werden. Damit werde Frankreich ein dezentralisiertes, unabhängiges Sendernetz erhalten.

Ein weiterer Bericht beschäftigte sich mit der Bürgerbeteiligung durch örtliche Volksabstimmungen in der Schweiz. Zum Thema kulturelle Aspekte der Stadterneuerung wies der Brite GOODEY darauf hin, daß Bürgerbeteiligung ein Versuch sei, Macht zu erlangen und neu zu verteilen. Verfall der Macht dokumentiere sich im Verfall des Geldes; die Macht des Volkes nehme immer stärker zu. (Forts.) hs/gg

.....
 Bereits am 2. Dezember 1981 über Fernschreiber ausgesendet

Hatzl zu Vergabe von Gemeindewohnungen (1)

=++++

22 Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) In einer ad hoc einberufenen Pressekonferenz nahm Mittwoch Nachmittag Wohnen-Stadtrat Johann HATZL zu Vorwürfen Stellung, die Vizebürgermeister Busek in einer Versammlung bezüglich der Vergabe von Gemeindewohnungen erhoben hatte.

Hatzl legte folgendes Zahlenmaterial der Presse vor:

VERGABE VON GEMEINDEWOHNUNGEN

Innerhalb des Zeitraumes vom 1. Jänner bis 31. Oktober 1981 wurden 5.711 Gemeindewohnungen zugewiesen.

Von diesen 5.711 zugewiesenen Wohnungen waren 1.624 in Neubauten (Erstbezug) und 4.087 in Gemeindebauten (Wiedervermietung).

Die Vergabe erfolgte an:

2 Familien aus einsturzgefährdeten Wohnungen	0,03 %
143 obdachlose oder unmittelbar von Obdachlosigkeit bedrohte Familien	2,50 %
461 Mieter aus freizumachenden Objekten (Assanierung und Bauvorhaben der Gemeinde Wien)	8,07 %
14 Fälle wegen offener TBC (Räumungsauftrag MA 15)	0,24 %
210 Benützer aus Dienstwohnungen	3,68 %
134 Familien aus gesundheitsschädlichen Wohnungen	2,35 %
1.673 Überbelagsfälle	29,30 %
476 Fälle wegen Krankheit	8,33 %
114 Ehepaare mit getrenntem Haushalt	2,00 %
268 Ehepaare in fremder Untermiete	4,69 %

(Forts.) emw/gg

.....
 Bereits am 2. Dezember 1981 über Fernschreiber ausgesendet

Hatzl zu Vergabe von Gemeindewohnungen (2)

=++++

23 Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL)

1.198 Einzelpersonen (wie z. B. aus überbelegten Wohnungen, Polizisten, Zuwanderer, junge Leute, Krankenschwestern, Politessen, Herbergenfälle, Studenten und nach Scheidung)	20,98 %
2 Verpflichtungen, Freimachung von Superedifikaten, Fälle aus gemeindeeigenen Abbruchhäusern, die aus bestimmten Gründen keine Vormerkung bekommen und dennoch von der Stadt Wien gem. Paragraph 21 a M.G. Wohnungen angeboten werden müssen	0,03 %
172 Wohnungszusammenlegungen	3,01 %
57 Zuzug	1,00 %
104 Familienzusammenführung	1,82 %
57 div. Krankheitsfälle, die lt. ärztlichem Attest Wasser, WC oder Bad in der Wohnung benötigen (K-Wertung gibt es nur für jene Fälle, wo auf Grund eines ärztlichen Attestes ein Stiegensteigen vermieden werden muß)	1,00 %
342 Wohnungswechsel, wo größere oder billigere Wohnung anfällt	5,99 %
234 Delogierungen wegen Selbstverschulden, Kündigungen wegen Zinsrückstand (meist zu hohe Miete), Hauswarte aus Privathäusern, Jugendamtsfälle u. dgl.	4,10 %
18 Polizisten und Politessen, die in Kasernen wohnen	0,32 %
32 Behindete (Rollwagenfahrer)	0,56 %
3.405 junge Ehepaare wurden berücksichtigt, das sind der zugeteilten Wohnungen.	59,66 %

(Forts.) emw/gg

.....
Bereits am 2. Dezember 1981 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Hatzl zu Vergabe von Gemeindewohnungen (3)

=++++

24 Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Wohnen-Stadtrat Johann HATZL stellte fest, aus der von ihm vorgelegten Liste gehe klar hervor, daß es Fälle gibt, die berücksichtigt werden, obwohl keine Vormerkung besteht. Hier wies er vor allem auf die Wohnungszusammenlegungen hin (etwa im Falle von zwei Zimmer-Küche-Wohnungen in Altgemeindebauten), auf die Familienzusammenführung (wenn betagte Eltern oder andere nahe Verwandte auf Dauer in den Familienverband aufgenommen werden) und auf die Fälle von Wohnungswechsel, wo dadurch beispielsweise eine größere oder eine billigere Wohnung frei wird. Er bekannte sich mit Nachdruck dazu, in solchen Fällen rasch und unbürokratisch zu helfen.

Hatzl stellte ausdrücklich fest, daß er jederzeit bereit sei, Statistiken wie die heute vorgelegte der Öffentlichkeit bekanntzumachen, lehnte aber vehement eine Einsichtnahme in die Akten des Wohnungsamtes durch andere als die zuständigen Beamten ab. Eine solche "Kontrolle" stelle einen schwerwiegenden Eingriff in die Rechte des Wohnungswerbers dar, da die Akten sehr persönliche Daten enthielten. Auch im Sinne des Datenschutzgesetzes sei eine derartige Einsichtnahme undenkbar. (Schluß) emw/gg

NNNN

Postenausschreibung für E-Werke-Direktor

=++++

3 #Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Der Direktor der Wiener E-Werke, Dipl.Ing. Arnold POPPER, wird in den nächsten Monaten in Pension gehen. Der freiwerdende Posten wurde im Amtsblatt der Stadt Wien vom 3. Dezember ausgeschrieben.#

Bewerber für die Position des Direktors der Wiener E-Werke haben u.a. folgende Voraussetzungen zu erfüllen: österreichische Staatsbürgerschaft, abgeschlossenes Hochschulstudium, Erreichen der Dienstklasse VII, Bediensteter der Stadt Wien mit mehrjähriger Tätigkeit in leitender Position, ausgezeichnete Dienstleistung, Eigeninitiative, besondere Fähigkeit zur Bewältigung organisatorischer und wirtschaftlicher Aufgaben, Fähigkeit zur Menschenführung und Verhandlungsgeschick.

Direktor Popper, 61 Jahre alt, tritt auf eigenes Ansuchen in den Ruhestand. Er war seit 1973 technischer Vizedirektor und seit 1978 Direktor der Wiener E-Werke. (Schluß) ger/bs

NNNN

Alle Jahre wieder: "Aktion scharf" der Feuerpolizei

=++++

4 #Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Übervolle Regale, verstellte Durchgangswege, verrammelte Notausgänge und feuergefährliches Dekorationsmaterial: das muß die Feuerpolizei immer wieder, vor allem vor den Weihnachtsfeiertagen, entdecken. In einem Schreiben an die Kammer der gewerblichen Wirtschaft und an zahlreiche große Kaufhäuser warnt sie daher auch heuer eindringlich davor, solche Mißstände aufkommen zu lassen und läßt keinen Zweifel daran, daß bei Feststellung schwerer Mängel, durch die Menschen gefährdet werden könnten, mit Anzeigen vorgegangen wird. #

Ausschmückungsgegenstände, die vorweihnachtliche Stimmung vermitteln sollen, können leicht zu gefährlichen Brandfällen werden, wenn sie unsachgemäß eingesetzt sind. Sie dürfen bei einem Brand nicht schmelzen oder tropfen, bei ihrer Verbrennung darf kein sichtbehindernder Qualm entstehen, und sie müssen so angebracht sein, daß ungehindertes Passieren gewährleistet ist. Auch muß ein Schutzabstand zu Heizkörpern und dergleichen eingehalten werden. Spraydosen, die in größerer Zahl an einem Fluchtweg gelagert sind, können ebenfalls eine beträchtliche Gefahr darstellen. Schließlich können brandhemmende Türen, die etwa durch einen Keil außer Betrieb gesetzt sind, ihren Zweck nicht erfüllen - derartige "Gedankenlosigkeiten" hat die Feuerpolizei bereits vielfach entdeckt.

Auch im vergangenen Jahr hatte die zuständige Baubehörde auf die Einhaltung der Sicherheitsbestimmungen gedrängt. Allerdings: bei einer stichprobenartigen Überprüfung mußten an einem einzigen Tag 18 Anzeigen an die zuständige Gewerbebehörde erstattet werden. Nach der Bauordnung drohen Strafen bis zu 100.000 Schilling bzw. Arrest bis zu drei Monaten.

Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER wies darauf hin, daß die Kontrollen der Feuerpolizei den Betriebsinhaber nicht von seiner Eigenverantwortlichkeit entbinden und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß das Problembewußtsein weiter zunehmen werde. (Schluß)
and/gg

U 4 ab 20. Dezember bis Hütteldorf (1)

=++++

6 #Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Die U-Bahn-Linie U 4, die derzeit zwischen Heiligenstadt und Hietzing verkehrt, wird am Sonntag, dem 20. Dezember, um 10 Uhr, bis zur Endstation in Hütteldorf verlängert. Vier neue U-Bahn-Stationen - Braunschweigasse, Unter St. Veit, Ober St. Veit und Hütteldorf - werden in Betrieb genommen. Der Autobusersatzverkehr im Wiental zwischen Hietzing und Hütteldorf kann nach der Inbetriebnahme der U-Bahn eingestellt werden.

Die U-Bahn benötigt für die dreieinhalb Kilometer lange Strecke zwischen Hietzing und Hütteldorf fünf Minuten. Die Gesamtfahrzeit zwischen den Endstationen Heiligenstadt und Hütteldorf (16,5 Kilometer) beträgt voraussichtlich 26 Minuten. Dies gab Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" bekannt.#

Die Verlängerung der U 4 bis Hütteldorf ist der vorletzte Schritt zur Fertigstellung des insgesamt 31 Kilometer langen erweiterten U-Bahn-Gesamtnetzes (U 1, U 2, U 4). die letzte Etappe bildet die Inbetriebnahme der U 1 bis Kagran am 3. September 1982.

Zwtl.: Terminplan unterschritten

Im ursprünglichen Terminplan war die Verlängerung der U 4 bis Hütteldorf für April 1982 vorgesehen. Durch die Entscheidung, den Stadtbahnbetrieb zwischen Hietzing und Hütteldorf ab Ende August einzustellen und vorübergehend einen Autobusersatzverkehr einzurichten - der sich übrigens ausgezeichnet bewährt hat -, war es jedoch möglich, den Zeitpunkt für die Verlängerung der U 4 bis Hütteldorf um vier Monate vorzuverlegen. (Forts.) ger/ap

NNNN

U 4 ab 20. Dezember bis Hütteldorf (2)

=++++

7 Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Ab 20. Dezember wird zwar ein einwandfreier U-Bahn-Betrieb gewährleistet sein, doch sind auch danach noch verschiedene Bauarbeiten notwendig, die mehrere Monate in Anspruch nehmen werden.

Zwtl.: Neu- und Umbau der Stationen

Die Stationen Braunschweiggasse und Unter St. Veit, die im Krieg schwer beschädigt worden waren und sich in einem sehr schlechten Bauzustand befunden hatten, wurden im Stil der modernen Wiener U-Bahn-Architektur vollkommen neu gebaut. Bei der Braunschweiggasse wird auch ein neuer Fußgängersteg über den Hietzinger Kai errichtet. In Ober St. Veit war dagegen das alte Stationsgebäude in einem Zustand, der eine Renovierung noch ermöglichte.

Das architektonisch wertvolle Stationsgebäude in Hütteldorf wurde restauriert. Der Zugang zur U-Bahn-Station wird von der Wienflußseite her über eine Stiege hinunter in einen Fußgängertunnel, von dem eine Fahrtruppe zu den Bahnsteigen führt, erfolgen. Von der anderen Seite her betritt der Fahrgast das Bahnhofsgebäude und erreicht von hier aus ebenfalls den Tunnel und die Fahrtreppe zu den U 4-Bahnsteigen. Ein ebener Zugang zu den Bahnsteigen ist deshalb nicht möglich, weil jede andere Lösung die Erhaltung des Bahnhofsgebäudes in seiner denkmalgeschützten Form verhindert hätte.
(Schluß) ger/bs

NNNN

Von Stadt Wien entwickelte Software kommt auf dem Markt

Utl.: Internationales Interesse für Programmsysteme

=++++

8 #Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Wie Wien aktuell - Wochenblatt am Donnerstag berichtet, gelangen eine Reihe von Standard-Software-Produkten, die von der ADV-Abteilung der Magistratsdirektion entwickelt wurden und großes internationales Interesse finden, in den Verkauf. Für die Stadt Wien wird es dadurch möglich sein, einen Teil der in der MD-ADV anfallenden Entwicklungskosten refundiert zu erhalten.#

Die von der MD-ADV entwickelten Programmsysteme, speziell die für den Einsatz von Datenverarbeitung im Gesundheitswesen, wurden vor kurzem auf einer internationalen Tagung in Genf zum Thema "Computer im Spitalswesen" mit großem Interesse aufgenommen. In Zusammenarbeit mit einer österreichischen Firma werden diese Software-Produkte jetzt auf dem internationalen Markt angeboten. Aufgabe der Firma ist es, die Werbung, den Verkauf, die Inbetriebnahme und Einschulung der Benutzer zu übernehmen. (Schluß)
en/gg

NNNN

Senioren basteln für Kinder

=++++

9 #Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Mit einer Aktion besonderer Art beteiligen sich Wiens Senioren an der Sozialkampagne "Zeig Herz - hilf mit!" der Stadt Wien. In den Pensionistenklubs und Pensionistenheimen wurde unter dem Titel "Senioren basteln für Kinder" eine große Bastelaktion gestartet. Im Rahmen dieser Aktion werden von den Klubbesuchern und Heimbewohnern Spielsachen, wie z.B. Puppen, Tiere und Wurstel für die Kinder des Mautner Markhof'schen Kinderspitals, des St.-Anna-Kinderspitals, der Kinderübernahmestelle, für verschiedene Kindergärten sowie behinderte Kinder angefertigt. Die Übergabe der Spielsachen wird wenige Tage vor dem Heiligen Abend erfolgen.# (Schluß) zi/bs

NNNN

Zeig Herz-hilf mit!



Leopoldstadt: Mehr Förderung für Gastarbeiterkinder

=++++

10 Wien, 3.12. (RK-LOKAL) An den Pflichtschulen der Leopoldstadt beträgt der Anteil der Gastarbeiterkinder an der Gesamtschülerzahl schon mehr als 15 Prozent; an einzelnen Schulen sogar noch beträchtlich mehr. Viele dieser Kinder beherrschen die deutsche Unterrichtssprache nur mangelhaft oder - bei Unterrichtsbeginn - gar nicht. Die Bezirksvertretung Leopoldstadt hat daher einstimmig einen Antrag der SPÖ-Fraktion beschlossen, in dem die Stadt Wien ersucht wird, ein Projekt zur Förderung und Integration dieser Kinder im zweiten Bezirk im außerschulischen Bereich zu unterstützen.

Die Bezirksvertretung betont, daß seitens des Wiener Stadtschulrates bereits fördernde Maßnahmen eingeleitet worden waren, doch müßten sie noch intensiviert werden. Im Rahmen einer Modelleinrichtung sollten Freizeitgruppen mit sprachlicher Förderung für Gastarbeiterkinder gebildet werden, heißt es in dem Antrag. In spielerischer Form könnten die Kinder - kostenlos - durch erfahrene Pädagogen betreut und gefördert werden, wobei der Integration, dem Zusammenführen mit Wiener Kindern besonderes Augenmerk geschenkt werden müßte. Da die Integration von Gastarbeiterkindern noch immer ungelöst ist, könnte dieser Vorschlag - so die Bezirksvertretung - zur Lösung dieses Problems beitragen. (Schluß) am/ap

NNNN

Europarat-Seminar (1)

=++++

11 Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) In der Mittwoch nachmittag unter dem Vorsitz von E. MERIGO, Vorsitzender des Internationalen Organisationskomitees für die Kampagne, fortgesetzten Sitzung berichtete J. VANDENHOUTE aus Gent, Belgien, über die Beteiligungsmodelle in Flandern. Er sagte, es gebe sechs Bevölkerungsgruppen, die am Planungsprozeß mitwirken, wie Interessensgruppen, Aktionsgruppen (die in Belgien zur Gründung einer Umweltschutzpartei geführt haben), Nachbarschafts-Aktionskomitees, soziale und kulturelle Verbände, Erwachsenenereicherungen und Einrichtungen zur Gemeinschaftsarbeit (schwächere Gruppen werden eingeladen, sich zu artikulieren). Beim Modell der Einbeziehung der Bevölkerung gibt es einen Lenkungsausschuß, der den Kontakt mit den Behörden hält, und einen "offenen erweiterten Rat", der maximale Offenheit bei der Entscheidungsfindung garantieren soll. Es gebe allerdings auch zahlreiche Konflikte, wenn trotz enger Zusammenarbeit Erwartungen nicht erfüllt werden. Man trachte bei diesem Modell der Bevölkerungsbeteiligung, daß unterschiedliche Meinungen gegeneinander ausgeglichen werden.

P. VERMEYLEN, Generalsekretär von "Inter-Invirounement Bruxelles", einer Organisation von Bürgergruppen, die sich seit 1973 zusammengefunden haben, sagte, seine Organisation sei eine Pressure Group ebenso wie jene der Bauherren, Experten, Techniker und die Bevölkerung. Gedanken und Mechanismen zur Erneuerung seien nur um Konflikt und nicht in der technischen Gewißheit möglich. Er verlangte, der Europarat solle den Gedankenaustausch zwischen den verschiedenen Bürgergruppen unterstützen. (Forts.) and/gg

NNNN

Europarat-Seminar (2)

=++++

12 Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) J. COLAKIDES, Bürgermeister von Limassol, der Hauptstadt von Zypern, berichtete über Bemühungen und Schwierigkeiten zur Stadterneuerung unter Beteiligung der Bevölkerung, nachdem Flüchtlingsströme die Bevölkerungszahl der Stadt innerhalb einer Woche um 50 Prozent ansteigen lassen hatten. Besonders hob er einen Generalplan zur Hebung der Lebensqualität hervor. Zur Erarbeitung der Konzepte fanden sich Architekten, Stadtplaner und Grundbesitzer in Diskussionen zusammen.

Hermann BORGHORST von der Berliner Stadtverwaltung erläuterte das Modell der Bevölkerungsbeteiligung am Beispiel des Stadtteils "Kreuzberg", der durch den Bau der Berliner Mauer in eine ungünstige Situation gedrängt wurde. Heute leben hier vorwiegend Ausländer, insbesondere Türken. In diesem Stadtteil wurde ein "Betroffenen-Rat" installiert, dem Mieter, Haus- und Grundstückseigentümer, Gewerbetreibende und Arbeitnehmer angehören. Nachdem ursprünglich beabsichtigt gewesen war, Häuser mit schlechter Substanz abzubauen und an ihrer Stelle Freiflächen zu schaffen, setzten Initiativen der Bevölkerung ein, die schließlich zu einem Wettbewerb aller Interessierten führten. 129 Beiträge, vom Brief bis zu wissenschaftlichen Vorschlägen, langten ein. Für die Realisierung von Erneuerungsvorhaben wurde schließlich eine Projektkommission eingesetzt, der mehrheitlich Bewohner des Stadtteils angehören. Als besonders bemerkenswert bezeichnete Borghorst die Tatsache, daß eine Außenstelle der Zentralverwaltung im Gebiet eingerichtet wurde. Die meisten der elf besten ausgewählten Projekte, vor allem Sozialprojekte, wurden vom Berliner Senat unterstützt. Seither hat sich ein Bau- und Planungsausschuß auf Bezirksebene gebildet. Der Bürgerverein, der Interessen gegenüber der Verwaltung vertritt, wird größtenteils von der öffentlichen Hand finanziert. Die Bürgerbeteiligung sei ein Betrag, das plebiszitäre Element in der Demokratie zu verstärken, formulierte Borghorst abschließend.
(Forts.) and/bs

NNNN

Europarat-Seminar (3)

=++++

13 Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Herr HANSEN, Vorstand einer Projektgruppe in Amsterdam, erklärte, seine Aufgabe sei es, die räumliche Planung zu koordinieren, den Kontakt mit der Verwaltung zu halten und die Bevölkerung zu informieren. Bei der Stadterneuerung gehe es vor allem darum, für Menschen, die aus erneuerungsbedürftigen Gebäuden ausziehen sollen, zeitgerecht Ersatzwohnungen zu schaffen. Dafür bedürfe es einer Vorlaufzeit von drei Jahren. Die reibungslose Realisierung hänge allerdings vor allem von der Finanzierung ab. Die Hausbesetzungen in den Niederlanden beleuchtete er im Zusammenhang mit der Tatsache, daß dort noch keine gesetzlichen Möglichkeiten gegen die Spekulation mit leerstehenden Häusern zur Verfügung stehen.

Ein Teilnehmer aus Irland vertrat die Ansicht, es könne nicht immer einen Konsens geben, die endgültige Entscheidung müsse immer auf politischer Ebene getroffen werden. "Wir müssen zeitweise unvollkommene Lösungen anwenden, um die Ungewißheit zu überwinden", formulierte der Tagungsteilnehmer.

F. FERRIGNI aus Neapel demonstrierte die Bürgerbeteiligung anhand des Beispiels der durch ein Erdbeben zerstörten Gemeinden Polla und bezeichnete es als eines der schwierigsten Probleme, das Mißtrauen der Bevölkerung zu überwinden. Er stellte fest, es könne nicht erwartet werden, daß Bürgerbeteiligung konfliktfrei ablaufen könne. (Forts.) and/gg

NNNN

Europarat-Seminar (4)

Utl.: Karasek: Beteiligung benachteiligter Gruppen erleichtern
=++++

14 Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Die Lebensqualität vor allem in den Städten und die Verantwortung jedes einzelnen dafür sind lange vernachlässigt worden, meinte der Generalsekretär des Europarats Dr. Franz KARASEK in seiner Rede vor dem Europarat-Seminar am Mittwochabend. Heute habe man eingesehen, sagte er, daß allzuoft menschlicher Lebensraum eingeengt wurde. Wir sind Opfer von Fehlentwicklungen geworden: die Ballungszentren der Großstädte führen den einzelnen zur Resignation. Die Folge davon sind gefährliche Spannungen, Krisen, Unruhen, Demonstrationen, Hausbesetzungen, erklärte Karasek: immer mehr Bürger, vor allem Jugendliche, sehen Gegensätze zwischen ihren Vorstellungen und der politischen Wirklichkeit. Sie sind unzufrieden, manche Fragen, ob Großstädte überhaupt regierbar sind.

Karasek wies auch auf die Bedeutung der Bürgerbeteiligung hin und erwähnte die Bemühungen der europäischen Organisationen um die Integrierung ausländischer Mitbürger in die örtliche Gemeinschaft.

Die Beteiligungsmöglichkeiten der bisher von Mitsprache weitgehend ausgeschlossenen Bürger - wie Jugendliche, Frauen, ältere Menschen, Behinderte und Arbeitslose - müssen verbessert werden, sagte Karasek weiter. Schließlich betonte der Generalsekretär, daß Stadterneuerung auch Befassen mit sozialen und Umweltproblemen, mit Raumordnungs-, Verkehrs- und Wirtschaftsfragen bedeute. (Forts.)
hs/bs

NNNN

Europarat-Seminar (5)

Utl.: Schlußkommunique

=++++

15 Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Aufgabe der Politik und der Verwaltung ist es, dafür zu sorgen, daß möglichst viele der von Maßnahmen Betroffenen Gelegenheit haben, mitzudiskutieren und mitzuentcheiden, erklärte Stadtrat SCHIEDER, der als Generalberichterstatter auch das abschließende Kommunique des Seminars vorlegte.

In diesem Papier empfehlen die Teilnehmer des Seminars über Bürgerbeteiligung und Stadterneuerung u.a., dezentralisierte Stadterneuerungsmaßnahmen großangelegten Projekten der Stadterneuerung vorzuziehen. Weiter wird festgestellt, daß die Konflikte, die es gerade in jüngster Zeit in vielen europäischen Städten gab, Politikern und Behörden zeigen soll, daß neue Formen der Verständigung mit der Bevölkerung empfehlenswert sind.

Zu den ernststen Schwierigkeiten bei der aktiven Bürgerbeteiligung zählen die Teilnehmer u.a. die Fachsprache als oft unüberwindliches Hindernis für das Gespräch Bürger-Experte, die Wirtschaftskrise mit daraus resultierender Budgetknappheit, Konzentration der Massenmedien in einigen Ländern, die sich im lokalen Bereich auswirkt, das Verhalten der Bürgerinitiativen an sich, die ja naturgemäß für Einzelinteressen eintreten und einander mitunter widersprechen und das Fehlen rechtlicher Mittel für einen wirksamen Kampf gegen die Bodenspekulation. (Schluß) hs/ap

NNNN

Spatenstich für 145.000ste Gemeindewohnung nach 1945

=+++,

16 #Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Grund zum Feiern gab es Donnerstag in Wien-Erdberg, wo Wohnen-Stadtrat Johann HATZL den Spatenstich für die Errichtung der 145.000sten kommunalen Wohnung seit 1945 vornahm. Diese Wohnung wird sich in einer Wohnhausanlage befinden, die auf den ehemaligen Miag-Gründen in Wien 3, Lechnerstraße 2-4 errichtet wird. In dieser Wohnhausanlage werden 512 Wohnungen sein, darunter 33 Garconnieren, 100 Wohnungen für Ehepaare ohne Kinder und 379 Wohnungen für Familien mit Kindern.#

Wohnenstadtrat Hatzl betonte in seiner Ansprache, daß die Errichtung dieser Wohnungen für den 3. Bezirk von großer Bedeutung sei und einen eindrucksvollen Beitrag zur Stadterneuerung darstelle. Die Gesamtkosten für die neue Wohnhausanlage werden 472 Millionen S betragen.

Hatzl stellte fest, daß der kommunale Wohnbau vielen Wienern Arbeitsplätze sichere. Der kommunale Wohnbau in Wien stelle auch international gesehen eine vorbildliche Leistung dar und sei ein wesentlicher Beitrag zur Verhinderung von Wohnungsnot und Wohnungsspekulation. An der Spatenstichfeier nahmen 2. Landtagspräsident HAHN, Stadtrat GOLLER, Bezirksvorsteher BERGER und Mitglieder des Gemeinderates und der Bezirksvertretung teil. Hatzl führte den ersten Spatenstich mit einem Schaufelbagger aus.
(Schluß) emw/ap

NNNN

Gratz von Rinter-Projekt überzeugt

=++++

17 #Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) In einem ORF-Interview anlässlich der Eröffnung der neuen Recycling-Anlage der Rinter AG meinte Bürgermeister Leopold GRATZ: "Ich bin aufgrund meiner Unterlagen und der persönlichen Besichtigung nach wie vor überzeugt, daß es ein gutes Projekt ist."

Das Konzept von Stadtrat Heinz NITTEL, nichts mehr zu deponieren oder zu verbrennen, sondern möglichst viele Rohstoffe aus dem Abfall herauszuholen, sei zukunftsweisend, sagte Gratz. Mit der Rinter AG würde eines der modernsten Müllkonzepte überhaupt verwirklicht. Das heute in Betrieb gehende Werk sei ein Prototyp, Fehler könnten vorkommen. Falls das Projekt trotz seiner Zuversicht nicht funktionieren würde, übernehme er die Verantwortung für einen solchen zukunftsweisenden Versuch.

Auf seine angeblichen Rücktrittsabsichten angesprochen, erklärte Gratz, diese Gerüchte seien von einer bestimmten Zeitung in die Welt gesetzt worden. Sobald sie dann ein paar Tage kursierten, würde von derselben Zeitung Aufklärung darüber verlangt. Gegen solche Methoden könne man sich nicht wehren. # (Schluß) roh/gg

NNNN

10 Millionen Förderungsmittel überreicht

Utl.: "Wien - medizinisch-wissenschaftliches Zentrum Österreichs"

=++++

18 #Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Im Rathaus wurden Mittwoch abend von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER die Förderungsmittel des medizinisch-wissenschaftlichen Fonds des Bürgermeisters der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1981 überreicht. Insgesamt wurden Förderungsmittel in der Höhe von 10 Millionen S für 21 medizinisch-wissenschaftliche Projekte vergeben. #

Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Stacher, der die Übergabe in Vertretung des Bürgermeisters vornahm, unterstrich die Bedeutung dieses Fonds für die Förderung, Publikation und Dokumentation der auf wissenschaftlichem Gebiet vollbrachten Leistungen von Wiener Ärzten. Neben der Vorsorge für die Ausbildung der Ärzte, fördere Wien wie kein anderes Bundesland auch deren wissenschaftliche Arbeiten und Leistungen. So werden durch den Fonds nicht nur wissenschaftliche Arbeiten in den Universitätskliniken, sondern auch in allen anderen Wiener Spitälern sowie von niedergelassenen Ärzten gefördert. Damit sei Wien aber zweifellos ein medizinisch-wissenschaftliches Zentrum Österreichs, meinte der Stadtrat.

Zwtl.: Stumme Kinder lernen wieder hören

Bei den geförderten Anträgen handelt es sich um Arbeiten, die von der Frage des Computereinsatzes in der allgemeinen Praxis über Herz-, Kreislaufferkrankungen, Tumorforschung, psychosoziale Probleme, Rehabilitation und Stoffwechselerkrankungen bis zur Implantation von Gehörknöchelchen. Dabei handelt es sich um eine neuentwickelte Methode mit deren Hilfe es möglich ist, tauben Kindern zu einem relativ hohen Prozentsatz das Hören zu ermöglichen, womit in der weiteren Folge auch Taubstummheit vermieden wird. (Schluß) zi/gg

NNNN

Bürgermeister Gratz: Betriebsbesuche

=++++

19 Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Leopold GRATZ besuchte heute, Donnerstag, das Ambulatorium der Gebietskrankenkasse in der Strohgasse im 3. Bezirk. Er wurde bei der Besichtigung von Stadtrat Josef VELETA und Bezirksvorsteher Jakob BERGER begleitet.

Bürgermeister Gratz betonte, daß auch in einem so modern eingerichteten Ambulatorium die Leistung der Ärzte und des Pflegepersonals an erster Stelle stehe.

Anschließend überzeugte sich Gratz bei einem Besuch in der Kleiderfabrik "Respo" in der Gunoldstraße (19. Bezirk) von der Leistungsfähigkeit und dem guten Betriebsklima dieses florierenden Unternehmens. Gratz bekannte sich aus diesem Anlaß zu den Mittel- und Kleinbetrieben, die die wirtschaftliche Struktur Wiens prägen. (Schluß) roh/ap

NNNN